

Beratungsfolge

Gremium	Datum	Status	Zuständigkeit
Mobilitätsausschuss	03.03.2026	Ö	Entscheidung

Freigabedatum: 15.01.2026	Gestellt von: CDU-Fraktion
----------------------------------	-----------------------------------

Folgen der Neuregelung bei den KAG NRW-Straßenausbaubeiträge

Antrag der CDU-Fraktion

Beschlussvorschlag

Die CDU-Fraktion beantragt:

Die Verwaltung berichtet über die Folgen der Neuregelung bei den KAG-Straßenausbaubeiträgen für Mülheim an der Ruhr und die Mülheimer Bürgerschaft. Wir bitten die Verwaltung in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Mülheimer Straßenbaumaßnahmen sind nach der neuen Erstattungsregelung beim Land NRW (anstelle der früheren Abrechnung der KAG-Straßenausbaubeiträge bei den Anliegern) abgerechnet worden?
2. Welche Beträge (aufgelistet nach den einzelnen Straßenbaumaßnahmen) sind vom Land NRW wann erstattet worden?
3. Welche abgeschlossene KAG-Straßenbaumaßnahmen müssen noch gegenüber dem Land NRW abgerechnet werden?
4. Bei welchen KAG NRW-Straßenausbaumaßnahmen stehen Erstattungen durch das Land NRW (mit welchen Erstattungsbeträgen) noch aus?

Sachverhalt

Nach einer Mitteilung des Mülheimer Landtagsabgeordneten Dr. Jan Heinisch (14.01.2026) erstattete das Land NRW – nach der Abschaffung der KAG- Straßenausbaubeiträge für betroffene Anlieger – der Stadt Mülheim an der Ruhr bisher fast 2 Mio. € (genau: 1,943 Mio. €). Entsprechend wurden die Grundstückseigentümer der betroffenen Mülheimer Straßen für die Sanierung ihrer Straßen nicht mehr anteilig zu KAG-Straßenausbaubeiträgen herangezogen und damit finanziell entlastet.

Nach jahr(zehnte)langer Diskussion im Landtag NRW wurde in einem letzten Schritt 2024 die Erhebung von KAG-Straßenausbaubeiträgen von Grundstückseigentümern gesetzlich verboten und stattdessen eine Erstattungsregelung des Landes NRW für die antragstellenden Städte vollständig abgesichert.

Christina Küsters
CDU-Fraktionsvorsitzende

Dr. Roland Chrobok
Ausschusssprecher der
CDU-Fraktion

Anlage/n

Keine